



Aktionsbündnis
TOURISMUS
VIELFALT

Positionspapier

für die Legislaturperiode 2021–2025

Die Corona-Pandemie hat die Reisewirtschaft in die schwerste Krise der Nachkriegszeit gestürzt und sie dauert an. Selbst wenn es mit Impfprogrammen und neuen Behandlungsmöglichkeiten gelingt, diese zunehmend in den Griff zu bekommen, werden die Folgen – gesellschaftlich und wirtschaftlich – noch lange nachwirken. Die Politik hat sich in den vergangenen Monaten darum bemüht, die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen aufzufangen und zu mildern, doch ist dies bedauerlicherweise nur in Teilen gelungen.

Die Tourismuswirtschaft stellt ein komplexes, aber eng verzahntes System unterschiedlicher Anbieter und Branchensegmente dar, die stark aufeinander angewiesen sind. Zur touristischen Wertschöpfungskette gehören aber auch weitere Branchen wie Einzelhandel, Dienstleistungen und Freizeitwirtschaft. Gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen, und dies gilt gleichermaßen für In- und Outbound, ist der Tourismus oft ein wichtiger Wirtschaftsmotor, der Beschäftigung und Wohlstand bringt und in dem überproportional viele Frauen beschäftigt sind. Stockt dieser Motor, hat das unmittelbare Auswirkungen auf eine Region oder Kommune. Zugleich bietet der Tourismus auch große Potenziale für die Gesundung der lokalen Wirtschaft während und nach der Pandemie.

Das Aktionsbündnis Tourismusvielfalt (ATV – tourismusvielfalt.de) ist ein Zusammenschluss aus 28 Verbänden, der alle Bereiche der vielfältigen Tourismusbranche vertritt. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Touristik als Gesamtheit zu erhalten und die gerechte Förderung für jeden Marktteilnehmer in der Branche zu erreichen, um damit das Netzwerk als Einheit auch zukünftig sicherzustellen. Vor dem Hintergrund der obigen Schilderungen möchten wir mit diesem Papier die unserer Ansicht nach wichtigsten Handlungsfelder für die Politik in der kommenden Legislaturperiode im Tourismussektor aufzeigen und Maßnahmen darlegen, welche für die Tourismusbranche unmittelbar wichtig sind, um den Restart der Reisewirtschaft zu ermöglichen und Weichen für die zukünftige Entwicklung der Branche zu stellen.

1) Politische Rahmenbedingungen



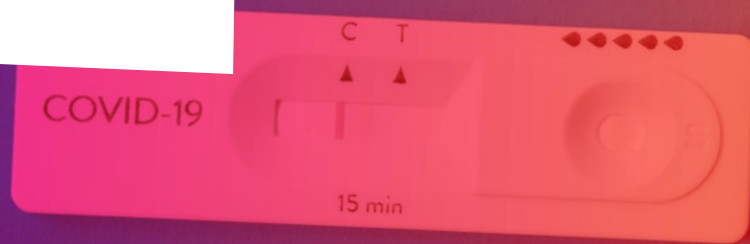
Ausbau der für den Tourismus zuständigen Strukturen und Strategien der Bundesregierung

Um eine Erholung der Reisewirtschaft sicherzustellen, reichen finanzielle Stützungs- und Stützungsmaßnahmen nicht aus. Es muss vielmehr auch ein personeller und struktureller Ausbau der für den Tourismus zuständigen Bereiche der Bundesregierung erfolgen, um der Bedeutung der Tourismuswirtschaft, welche in Deutschland für drei Millionen Arbeitsplätze steht, auf politischer Ebene gerecht zu werden. Unabdingbar sind hierfür eine verbesserte Kompetenzstrukturierung und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit mit der Zielsetzung, das Verständnis der Tourismusbranche und die herausragende Bedeutung der Tourismusindustrie für den Standort Deutschland stärker zu vermitteln. Vor diesem Hintergrund sehen wir es zudem als angebracht an, die Nationale Tourismusstrategie grundlegend zu überarbeiten und konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsfaktors Tourismus zu entwickeln. Im Hinblick auf zukünftige Regulierungsvorhaben muss es darüber hinaus zu einer deutlich engeren Abstimmung des Bundes mit der EU-Ebene als bisher kommen.



Bessere Datenlage für politische Entscheidungen schaffen

In vielen Aspekten ist der touristische Markt nur unzureichend untersucht. So beschränkt sich beispielsweise die Datenerhebung im touristischen Beherbergungsmarkt durch das Statistische Bundesamt ausschließlich auf gewerbliche Betriebe mit mehr als zehn Betten. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von alternativen Angeboten jenseits von Hotels stellen die Statistiken längst nicht mehr den gesamten Markt dar. Für politische Entscheidungen ist es aber essentiell, über ein evidenzbasiertes Gesamtbild des Tourismus zu verfügen, weshalb es eines Tourismuszensus bedarf, der alle Marktsegmente vollständig erfasst.



2) Konsequenzen aus der Corona-Krise

Die Corona-Pandemie stellt Politik und Gesellschaft vor ungeahnte Herausforderungen. Darüber hinaus hat die Pandemie offengelegt, in welchen Bereichen Strukturen und Abläufe unzureichend sind. Ziel muss es sein, die vergangenen 18 Monate kritisch zu reflektieren und die Weichen dafür zu stellen, Entscheidungsprozesse zu beschleunigen und Rahmenbedingungen zu verbessern, um für eine mögliche neue Katastrophe besser gewappnet zu sein.



Umsetzung einheitlicher Strategien zur Krisenbewältigung

Die Tourismuswirtschaft gehört zu den in besonders hohem Maße von der Corona-Krise betroffenen Wirtschaftszweigen. Reisewarnungen, Grenzschließungen, Beherbergungsverbote, Betriebsschließungen und Kapazitätsbeschränkungen belasten die Branche seit Beginn der Pandemie. Ein Flickenteppich aus unterschiedlichen Länderverordnungen hat zu Verunsicherung und Chaos geführt und die Branche zusätzlich

zu Beherbergungsverboten und Reisewarnungen erheblich belastet. Das wäre vermeidbar gewesen, hätten Bund und Länder frühzeitig eine einheitliche Corona-Strategie beschlossen und umgesetzt. Das ATV spricht sich daher dafür aus, zukünftig einheitliche Maßnahmen und Öffnungsschritte zu verfolgen und diese frühzeitig zu kommunizieren. Es gilt, so früh wie möglich eine klare Strategie für Öffnungen und Schließungen von Betrieben festzulegen, so dass die Wirtschaft Perspektiven und Planungssicherheit erhält und entsprechend handeln kann. Der Föderalismus darf nicht dazu führen, dass ein Flickenteppich aus unterschiedlichen Verordnungen zu Verunsicherung und höherer Belastung führt.



Dialog mit der Branche und Anpassung des Pandemieplans

Bis heute wartet die Tourismusbranche vergeblich auf einen Corona-Gipfel, um Auswirkungen und Lösungsmöglichkeiten mit der Spitzenpolitik zu diskutieren. Wir fordern für die Zukunft einen direkten Austausch der Politik mit den Betroffenen der Branche. Zudem sollten die einzelnen ergriffenen Corona-Maßnahmen dringend nochmals gemäß ihrer Wirksamkeit evaluiert werden, um für künftige Krisen einen funktionierenden Maßnahmenplan zu erstellen. Für eine solche Anpassung des Pandemieplans ist der Austausch mit Experten unserer Branche unabdingbar.



Einführung eines Krisenstabs

Unsere Anregung ist es, innerhalb der Bundesregierung einen festen Krisenstab einzuführen, der schnell einsatzbereit ist und zügig wegweisende Entscheidungen fällt. Ebenso müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Krisenfälle hin zu einer stärkeren und besseren Pandemie- und Krisenfestigkeit angepasst werden.



Touristische Arbeitskräfte fördern

Kurzarbeit und fehlende Perspektiven durch eine mangelnde Öffnungsstrategie haben dazu geführt, dass die Tourismusbranche im Wettstreit um Fachkräfte weiter ins Hintertreffen geraten ist. Die Branche muss ihrerseits Schritte ergreifen, um der Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken und neue Arbeitskräfte für sich zu gewinnen. Sie braucht aber auch die Unterstützung der Politik, um dem Fachkräftemangel effektiver begegnen zu können. Die Politik sollte der Branche beistehen und Maßnahmen ergreifen, um die Arbeit im Tourismussektor wieder attraktiver zu gestalten und dem grassierenden Fachkräftemangel effektiv zu begegnen. Dazu gehört z.B. die Verdienstgrenze für Mini- und Midijobs, die bei Studierenden, Berufstätigen und Rentnern als Zusatzverdienstmöglichkeit beliebt sind, angepasst an den Mindestlohn flexibler auszugestalten sowie eine Flexibilisierung der Arbeitszeit auch für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen.



3) Klimaschutz, Nachhaltigkeit & Mobilität

In der kommenden Dekade werden die Weichen für einen sozialen und ökologischen Wandel der Gesellschaft hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise gestellt. Dies gilt auch für die Tourismusbranche, der die Dekarbonisierung ebenso wie allen anderen Wirtschaftszweigen gelingen muss. Die klimafreundliche Transformation des Tourismus stellt einen wichtigen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung dar. Diese Rolle des Tourismus beschreibt die Agenda 2030 der Vereinten Nationen explizit in drei ihrer siebzehn Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs): Ziel 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“, Ziel 12 „Nachhaltige Produktions- und Konsummuster“ und Ziel 14 „Meeresschutz“. Aber auch zu allen anderen Zielen der Agenda kann der Tourismus beitragen. Tourismus hat das Potenzial, insbesondere in ländlichen Regionen einen positiven Antrieb für einen nachhaltigen Strukturwandel zu schaffen. Dies gilt für die Entwicklung in Deutschland und ebenso weltweit – speziell in Ländern des Globalen Südens.



Förderung des Klimaschutzbezogenen Umbaus der Touristik

Damit die Tourismusbranche ihren Beitrag zur Erfüllung des Pariser Klimaschutzabkommens und der SDGs der Vereinten Nationen leisten kann, bedarf es zukunftsfähiger Lösungen für alle Bereiche des Tourismus: Von der Mobilität, insbesondere in Bezug auf den Flug- und Schiffverkehr und den Ausbau des Schienenverkehrs, über den Ressourcen- und Energieverbrauch in der Hotellerie und lokalen Produktionen, bis hin in die Zuliefererketten aus Lebensmittelindustrie und Wäschereibetrieben. Um diese Herkulesaufgabe zu stemmen, braucht die Tourismusbranche eine stärkere Berücksichtigung und Förderung im Rahmen des Klimaschutzprogrammes der Bundesregierung. Dies gilt insbesondere für eine Förderung des klimaschutzbezogenen Umbaus der Touristik mithilfe grüner Technologien und entsprechender Digitalisierungsvorhaben. Dies gilt aber auch im Hinblick auf eine stärkere Lenkungswirkung durch Bepreisung klimaschädlicher Kraftstoffe und Besserstellung klimafreundlicher Technologien. Das ATV spricht sich daher für die Einführung einer CO₂-Abgabe mit Zweckbindung für den Klimaschutz aus. Durch die Zweckbindung kann die Abgabe gezielt in Klimaschutzmaßnahmen und Forschungsprojekte zu emissionsarmen Technologien und Kraftstoffen investiert werden und kommt somit dem Klimaschutz unmittelbar zugute.



Klimaschutzgipfel auf Bundesebene

Der Umbau zu einem nachhaltigen, klimafreundlichen Tourismus ist eine der größten Herausforderungen der Branche. Aus der Sicht des ATV ist deshalb ein Klimaschutzgipfel auf Bundesebene speziell für den Tourismussektor notwendig, um die vielfältigen Handlungsfelder zu analysieren und entsprechende Maßnahmen und Förderprogramme auf den Weg zu bringen.



Etablierung einheitlicher Nachhaltigkeitsstandards

Nachhaltiges Wirtschaften sollte gezielt in den Unternehmen und ihren Wertschöpfungsketten gefördert werden. Dafür bedarf es zunächst der Etablierung einheitlicher Nachhaltigkeitsstandards für den Tourismussektor, die sich an internationalen Standards orientieren sollten. Um den Verbrauchern Orientierung zu geben, braucht es eine glaubwürdige und einheitliche Nachhaltigkeitskennzeichnung, etwa analog zum Blauen Engel. Unternehmen benötigen für diesen Transformationsprozess gleichermaßen Beratung, Förderung und Anreize von Seiten der Politik.



Stärkung nachhaltiger Mobilität

Ohne Mobilität sind Tourismus und Reisen undenkbar. Die Menschen müssen zu den Urlaubsdestinationen gelangen und wollen auch vor Ort mobil sein. Zudem wird es den Menschen immer wichtiger, klimafreundlich unterwegs zu sein.

Für nachhaltigen und klimafreundlichen Tourismus ist es daher unverzichtbar, dass die Verkehrswende vorangetrieben wird. Wir brauchen dringend deutschland- und europaweit einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Gleichzeitig müssen die Entwicklung und Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel – auch zu Luft und zu Wasser – gefördert und attraktiver gestaltet werden, etwa durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Busreisen oder eine Abschaffung der EEG-Umlage und Stromsteuer für öffentliche Verkehrsmittel mit alternativen Antrieben.

Darüber hinaus gilt es die öffentliche Lade- und Tankinfrastruktur für emissionsfreie Mobilität auszubauen. Auch abseits der Hauptverkehrswege muss die Möglichkeit bestehen, Strom oder Wasserstoff zu „tanken“. Sowohl der Ausbau des öffentlichen Verkehrs als auch der Lade- und Tankinfrastruktur werden jedoch nicht über Nacht abgeschlossen sein. Bis

diese Herkulesaufgabe gemeistert ist, spielt der Individualverkehr eine wichtige Rolle für touristische Mobilität – gerade im ländlichen Raum. Auch wenn der öffentliche Verkehr die Vorfahrt haben muss, darf es daher nicht zu einer Diskriminierung des Individualverkehrs kommen. Die Transformation zu nachhaltiger Mobilität muss zudem schrittweise sowie technologieoffen erfolgen und die Potenziale der Digitalisierung nutzen.



Förderung grüner Digitalisierung

Im Segment der Nachhaltigkeit wird der Bereich der Digitalisierung oft unterschätzt und übersehen. Dabei birgt grüne Digitalisierung das Potenzial, ökologische Belastungen erheblich zu verringern. Beispielsweise kann Software so umgeschrieben werden, dass ein geringerer Energie- und Ressourcenverbrauch stattfindet, ebenso kann Hardware durch energieeffizientere Versionen ausgetauscht werden. Für eine solche Umstellung auf grüne Digitalisierung braucht es Anreizprogramme für Unternehmen, welche zudem einen Innovationsschub in Deutschland mit sich bringen würden.

4) Digitalisierung

Die Krise hat erneut aufgezeigt, wie wichtig der Ausbau und die Weiterentwicklung der Digitalisierung sind. Erst durch die Pandemie entstand ein erheblicher Digitalisierungsschub, welcher Kommunikation, Prozesse und Anwendungen um ein Vielfaches vereinfachte. Dennoch ist die Digitalisierung noch lange nicht am Ziel angekommen – insbesondere im weltweiten Vergleich. Deutschland muss digitaler Vorreiter werden und eine langfristige Digitalisierungsstrategie in allen Bereichen umsetzen.



Verstärkung des Breitbandausbaus

Überall verfügbare schnelle Internetzugänge sind eine unabdingbare Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung. Gerade im Tourismusbereich werden durch schnell und breit verfügbares Internet neue Anwendungen und Geschäftsmodelle für Unternehmen möglich. Zugang zu besserem Netz ist unabdingbar für die Branche und sollte von Seiten der Bundesregierung stärker vorangetrieben werden.



Einrichtung eines Digitalministeriums

Digitalisierung ist eine übergreifende Aufgabe, die sich in alle Bereiche auswirkt. Grundsätzliche Entscheidungen, die für diesen Bereich getroffen werden, brauchen daher eine nachhaltige Strategie, die über mehrere Jahre konsistent weiterverfolgt wird. Zuständigkeiten und Verantwortungen müssen deshalb zentral geregelt und Entscheidungen effizienter getroffen werden – hierfür braucht es eine zentrale Fachkompetenz mit einem entsprechenden Gestaltungsspielraum. Wir fordern daher die Einrichtung eines eigenen Digitalministeriums als zentrale Stelle und als Kompetenzzentrum, um die Bemühungen des digitalen Ausbaus und der Weiterentwicklung der Digitalisierung zu bündeln und die digitale Transformation aus einer ganzheitlichen Perspektive zu begleiten und zu unterstützen.



Differenzierte und evidenzbasierte Digitalgesetzgebung und erleichterter Data Access

Grundsätzlich ist eine innovationsfreundlichere Haltung gegenüber digitalen Geschäftsmodellen, Start-ups und neuen Technologien dringend notwendig. Wir plädieren insbesondere für eine angemessene, differenzierte und evidenzbasierte Regulierung. So muss etwa zwischen den unterschiedlichen Marktrollen von Unternehmen in zukünftigen Regulierungen unterschieden werden, es darf ein einfaches Digitalunternehmen beispielsweise nicht mit sogenannten Gatekeeper-Unternehmen gleichgesetzt werden. Zugleich müssen die Grundsätze der e-Commerce Directive innerhalb des Digital Services Act beibehalten werden. Auch andere Regulierungsprojekte auf EU-Ebene, wie die sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindliche „EU KI-Verordnung“, müssen verhältnismäßig sein und dürfen europäischen Unternehmen keinen Wettbewerbsnachteil bringen. Es gilt zudem für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, ein „Ausspielen“ zwischen analogen und digitalen Geschäftsmodellen (v. a. in der Verbraucherpolitik) darf nicht stattfinden. Auch muss es eine vereinfachte Informationspflicht für Unternehmen mit dem klaren Ziel geben, für eine bessere User Experience zu sorgen. Der Konsument ist vermehrt auf digitalen Kanälen unterwegs, daher ist es notwendig, diesen Bereich aktiv weiterzuentwickeln.

5) Gründungs- und Innovationsförderung

Bestehende und etablierte touristische Unternehmen entwickeln häufig keine neuen Ideen, sondern optimieren nur ihre Prozesse, wodurch es Deutschland zunehmend an wirtschaftlichen Innovationen fehlt. Travel Start-ups sorgen für frischen Wind, agieren als Innovationstreiber und spielen bei der Weiterentwicklung der Tourismusindustrie eine bedeutende Rolle. Mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten und Aufklärung sowie zu viel Bürokratie machen es potenziellen Gründern und Gründerinnen jedoch oft schwer. Aus diesem Grund brauchen wir eine Stärkung der Innovationskultur in Deutschland, die die Förderung von neuen Geschäftsideen in den Mittelpunkt stellt.



Förderung von Unternehmertum in Hochschulen und Inkubatoren

Die Förderung einer Gründungs- und Innovationskultur beginnt an den Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen. Studenten und Absolventen sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Ideen in einem sicheren und stabilen Umfeld auszureifen und mit

vereinfachten Mitteln ein Start-up gründen zu können. Hierdurch werden neue Technologien und Innovationen getestet und die Forschungsarbeit ausgeweitet. Das Szenario eines möglichen Erfolges, aber auch eines möglichen Scheiterns, wird vorab durchlaufen, Innovationen sowie Unternehmertum so zielführend gefördert. Es muss ferner aber auch abseits der Hochschulen mit Hilfe von Start-up Inkubatoren ein sicherer Raum für neue Start-ups geschaffen werden, der den Gründern in entscheidenden Phasen Unterstützung anbietet, ihr Geschäftsmodell zu formen und erfolgreich in die Tat umzusetzen. Vor diesem Hintergrund braucht es staatliche Anreize, um die Anzahl solcher Inkubatoren deutlich zu erhöhen.



Schaffung von Förder- und Finanzierungshilfen für Start-ups

Um die schwierige Situation der Finanzierung in der Pre-Seed-Phase überbrücken zu können, benötigen Start-ups weitere Maßnahmen zur Unterstützung. Dazu gehört ein unbürokratisches, einmaliges Gründerkapital in Höhe von 25.000 EUR, wodurch die Gründung eines Start-ups in Deutschland erleichtert werden kann. Des Weiteren braucht es Änderungen beim Zuschuss von Gründerkapital, was unabhängig von einer Arbeitslosigkeit ermöglicht werden muss, um einer breiteren Masse die Gründung eines Unternehmens zu ermöglichen. Um deutlich mehr Fördergelder für Start-up Unternehmen in Deutschland zu generieren, ist eine Implementierung steuerlicher Anreizprogramme für kleine Investoren notwendig, die es ermöglichen, finanzielle Beteiligungen an Start-ups sofort steuerlich geltend zu machen.

Innovationen und Gründungen rund um das Thema Nachhaltigkeit in allen relevanten Bereichen der Ökologie, Ökonomie und im Sozialen sollten dabei besonders gefördert werden. Für die großen Wachstumsfinanzierungen ist zudem ein erhöhter staatlicher Wagniskapitalfond notwendig, der den Start-up Unternehmen direkt zur Verfügung steht. Damit kann verhindert werden, dass zukunftssträchtige Entwicklungen ins Ausland

abwandern. Auch die bereits existierenden Unterstützungshilfen und Förderprogramme der Bundesregierung gilt es zu überprüfen und für Start-up Unternehmen mit der Zielsetzung anzupassen, Zugangshürden deutlich zu senken.



Start-ups und kleine Unternehmen entlasten

Bei neuen Regulierungen ist es unserer Ansicht nach unverzichtbar, die Unternehmensgröße einzubeziehen und hierdurch für Verhältnismäßigkeit zu sorgen, denn die durch neue Regulierungen entstehenden Hürden sind für kleine Unternehmen und insbesondere Start-ups oft deutlich schwieriger zu bewältigen als für große Unternehmen. Deshalb fordern wir, die Belastbarkeit der Unternehmen bei neuen Gesetzesvorhaben und Regulierungen stärker zu berücksichtigen und vermehrt Einstufungen nach Unternehmensgröße vorzunehmen, die Ausnahmeregelungen für kleine und junge Unternehmen beinhalten.



Gezielte Förderung von innovativen Entwicklungen und digitaler Bildung

Ein wichtiger Teil der Digitalisierung ist das Erproben von neuen Technologien. Viele touristische Unternehmen sind nicht in der Lage, neue digitale Technologien in ihren Geschäftsmodellen risikofrei zu integrieren, oder es fehlt ihnen an Geld für Forschung im eigenen Unternehmen. Um die Entwicklungen aber nicht zu verpassen, benötigt es des staatlich finanzierten, breiten Aufbaus von Innovationslaboren z. B. an universitären Einrichtungen. In diesen Laboren würde in Zusammenarbeit mit dem Tourismussektor am Ausbau der Grundlagen- und Innovationsforschung gearbeitet und Anwendungen für unterschiedlichste Bereiche des Tourismus würden zur Marktreife weiterentwickelt werden. Darüber hinaus muss aber auch eine digitale Innovationskultur in die Unternehmen gebracht werden. Dies kann durch die Förderprogramme zur Digitalisierung (wie z. B. Digitale Coaches, Projektförderungen) für Unternehmen mit niedrigen Eingangsschwellen erreicht werden.



6) Bildung & interkultureller Austausch

Tourismus steht für Weltoffenheit und Toleranz. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, als auch der Wirtschaft, wird maßgeblich davon geprägt sein, mit welchen Kompetenzen und Perspektiven die zukünftigen Generationen heranwachsen. Das Bildungssystem muss daher die Verbindung von Theorie im Schulunterricht mit praktischen Lernerfahrungen in außerschulischen/außerbetrieblichen Bildungsangeboten weiter stärken und fördern. Denn Bildung ist mehr als die reine Ansammlung von Faktenwissen und muss auch den Erwerb von Schlüsselkompetenzen wie beispielsweise das soziale Lernen, interkulturelles Verständnis, Selbstwirksamkeitserfahrungen und Problemlösefähigkeiten mit einbeziehen. Exkursionen, Fahrten und Austauschprogramme von Schulen, Betrieben und externen Bildungsanbietern sind vor diesem Hintergrund ein Schlüsselement in der Ausbildung kompetenter und motivierter Fachkräfte. Das gilt auch oder sogar insbesondere für den Tourismussektor, dem in der interkulturellen Verständigung der Völker eine zusätzliche Bedeutung zukommt. Vor diesem Hintergrund sind aus unserer Perspektive die folgende Maßnahmen im Tourismusbereich maßgeblich:



Einführung eines Reiseförderprogramms

Das ATV spricht sich für die Förderung von Reisen, Exkursionen, interkulturellen Austauschprogrammen und Fremdsprachenkompetenzen aus, mit dem Ziel, auch Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien die Teilhabe am kulturellen Kompetenzerwerb und die damit verbundenen Lernchancen zu ermöglichen.



Verbesserung der tourismusbezogenen Bildungsangebote

Das Aktionsbündnis fordert, die Anzahl der Lehrstühle im Bereich Tourismus auszubauen. Zudem fordern wir eine Verbesserung und Förderung der Aus- und Weiterbildungsangebote für Berufe im Tourismussektor. Hierfür streben wir eine hauptamtlich besetzte Koordinierungsstelle an, die die Belange der außerschulischen und außerbetrieblichen Bildung zwischen den Referaten der zuständigen Ministerien vertritt, bündelt und koordiniert.

Aktionsbündnis TOURISMUS VIELFALT

Positionspapier

für die Legislaturperiode 2021–2025

September 2021

Kontakt:

Aktionsbündnis Tourismusvielfalt (ATV)

Leonhardsweg 2 | 82008 Unterhaching | Tel. 089 – 61066 729

info@tourismusvielfalt.de | www.tourismusvielfalt.de

